



Bezirksamt Wandsbek
Fachamt Sozialraummanagement
Eingang:
08. Aug. 2022
Abt. / Dienstst.:

Ahrenshooper Str. 5, 22147 Hamburg

Fon 040/47 11 36 11 – Fax 040/47 11 36 12

klindt@yes-hamburg.de

Bezirksamt Wandsbek
Fachamt Sozialraummanagement
SR 22 Finanzabwicklung Zuwendungen
Postfach 70 21 41

22 021 Hamburg

Hamburg, den 1. August 2022

Jugendclub Eilbek
Hier: Jahresförderung 2022

Sehr [REDACTED]

in der Anlage sende ich Ihnen in dreifacher Ausfertigung einen Änderungsantrag samt einer Anlage.

Der Mehrbedarf resultiert aus einer Mieterhöhung. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Antrag samt Anlage.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Antragsteller Voll in Bewegung e. V.	
Ansprechpartner Arne Klindt	Datum 01.08.22
Anschrift Ahrenshooper Straße 5, 22 147 Hamburg	
Telefon 47 11 36 11	Email info@yes-hamburg.de



An das Bezirksamt Wandsbek
 Fachamt Sozialraummanagement
 SR 22 - Finanzabwicklung Zuwendungen
 Schloßstraße 60
 22041 Hamburg

ÄNDERUNGS- Antrag auf Zuwendung für das Jahr 2022

Bezeichnung der Maßnahme:

Jugendclub Eilbek

für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.2022

Höhe der beantragten Zuwendung: +859,57 €

Aktenzeichen des Vorjahres: E 01

Kurzbeschreibung der Maßnahme, für die eine Zuwendung beantragt wird:

Betrieb des offenen Jugendclubs Eilbek gemäß Zweckbeschreibung

hier: Erhöhung der Miete

Mit Wirkung seit 1. Mai 2016 besteht ein Gewerbemietvertrag, der dem Jugendhilfeausschuss vor Unterzeichnung vorgelegt wurde und in unterzeichneter Form im Bezirksamt vorliegt (Schreiben vom 9.3.2016). Dieser Mietvertrag enthält in § 8 eine Indexklausel für Mieterhöhungen, die sich nach dem allgemeinen Preisindex für Verbraucherpreise richtet. Von diesem vertraglichen Recht auf Mieterhöhung hat der Vermieter in den vergangenen Jahren keinen Gebrauch gemacht, aber nunmehr mit Schreiben vom 25.7.2022 (vgl. Anlage) eine vertragsgemäße Mieterhöhung per 1.9.2022 um 216,25 € pro Monat angekündigt.

Für das Jahr 2022 ergeben sich Mehrkosten für vier Monate, also insgesamt von 865,00 €, die hiermit beantragt werden.

1. Umsatzsteuer

Sind Sie gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder aus sonstigen Gründen für die nachfolgenden Kostenpositionen zum Umsatzsteuerabzug berechtigt?

ja nein

Wenn ja, dann sind die im Kosten- und Finanzierungsplan veranschlagten Kostenpositionen um die erstattungsfähige Umsatzsteuer zu bereinigen!

2. Kosten- und Finanzierungsplan *(kursiv geschriebene Felder sind bitte nur von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit auszufüllen!)*

	in EURO	Vom Bezirksamt auszufüllen Anmerkungen
2.1 Personalkosten		
sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Personal (entsprechend beiliegender Bestandsliste)		
geringfügig beschäftigtes Personal Beschäftigungsumfang: _____ Stunden im Jahr		
<i>Nur von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit auszufüllen!</i>		
<i>sozialversicherungspfl. beschäftigtes pädagogisches Fachpersonal</i> (entsprechend beiliegender Bestandsliste)		
<i>geringfügig beschäftigtes pädagogisches Fachpersonal</i> Beschäftigungsumfang: _____ Std. im Jahr		
Summe Personalkosten		
2.2 Personalnebenkosten		
U1 aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mitarbeiter		
U2 aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mitarbeiter		
U3 aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mitarbeiter		
BG (Berufsgenossenschaft)		
Summe Personalnebenkosten		
2.3 Honorare		
Honorarkräfte Anzahl: _____		
Summe Honorarkosten		
2.4 Sachkosten		
Nettokaltmiete	+865,00 €	
Mietnebenkosten (ohne Heizkosten) (Wasser, Strom etc.)		
Heizkosten		
Versicherungen		
laufende Fachausgaben		
externe Dienstleistungen (z.B. für Reinigung)		
Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche		
Instandhaltung/Reparaturen		
Veranstaltungskosten		
Lebensmittel/Getränke		
Spiel-/Beschäftigungs-/Werkmaterial (o.ä.)		
Sonstige Sachkosten		
Summe Sachkosten	+865,00 €	
2.5 Gesamtausgaben (ohne 2.6)	+865,00 €	
2.6 Verwaltungsgemeinkostenpauschale (gemäß Tabelle)	+39,81 €	
2.7 Gesamtausgaben inkl. Verwaltungsgemeinkostenpauschale	+904,81 €	

2.8 Einnahmen - laut Ziffer 4.2 der VV zu § 46 LHO mind. 5 % der Gesamtausgaben (inkl. Verwaltungsgemeinkosten)		
Eigenmittel (Geldleistungen aus eigenem Vermögen, die zu Beginn des Förderzeitraumes vorhanden sind)		
geplante Mitgliedsbeiträge		
geplante Spenden		
geplante Veranstaltungseinnahmen und Teilnehmerbeiträge (Erlöse etc.)		
Einnahmen aus Vermietungen		
Zuschüsse von Dritten (Sponsoren, andere Behörden etc.)		
sonstige geplante Einnahmen	+45,24 €	
Summe Einnahmen	+45,24 €	
2.9 Beantragte Zuwendung		
	+859,57 €	
2.10 Gesamteinnahmen inkl. Zuwendung		
	+904,81 €	

3. Begründung des Eigenmittelanteils unter 5 %

Betragen die Eigenmittel weniger als 5 % der Gesamtausgaben?

ja nein

Wenn ja, ausführliche Begründung:

4. Angaben zum Besserstellungsverbot:

- 4.1 Wird das Personal besser gestellt als vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg (siehe Nr. 1.3 der ANBest-I/ANBest-P)?
 Nein Ja Wenn ja, inwiefern? _____
- 4.2 Wird das Personal aufgrund eines vom TV-L abweichenden Tarifvertrages bezahlt?
 Nein Ja Wenn ja, welcher Tarifvertrag? Reinigungskräfte nach DEHOGA Hamburg
- 4.3 Werden die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert?
 Nein Ja

5. Angaben zur Doppelförderung:

- 5.1 Wurde eine Förderung durch Dritte und/oder andere öffentliche Stellen für die gleiche Maßnahme beantragt oder in Aussicht gestellt?
 Nein Ja
Wenn ja, von welchen Stellen wird das Projekt gefördert?
- 5.2 Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlichen geförderten Projekten, bei denen selbst oder gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und/oder sächlichen Ressourcen genutzt werden?
 Nein Ja
Wenn ja,
5.2.1 mit welchem anderen Projekt/anderen Träger/n gibt es Überschneidungen?

5.2.2 von welcher Stelle wird das Projekt gefördert?

5.2.3 welche Ressourcen werden gemeinsam genutzt?

5.2.4 in welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen?

6. Wir erklären, dass

- 6.1 die Durchführung des Projektes und der Aufgabe ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde, weil
der Träger bei einem höheren Einsatz von Eigenmitteln nicht bereit wäre, das Projekt durchzuführen.
- 6.2 gegen das Unternehmen oder gegen den Inhaber, Vorstand, Geschäftsführer
5.2.1 kein Zwangsvollstreckungsverfahren anhängig ist **oder**
5.2.2 keine Anträge auf Ableistung der eidesstattlichen Versicherung bzw. Eröffnung des Vergleichs- oder Konkursverfahrens gestellt sind

- 6.3 wir die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bieten und hierbei eine zweckentsprechende, bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwendung der Mittel sicherstellen
- 6.4 wir eine ordnungsgemäße Buchführung gewährleisten, d. h.
- 6.4.1 die Belege chronologisch erfasst, dem Verwendungszweck entsprechend abgelegt und sechs Jahre aufbewahrt werden (Ziffer 6 und 7 ANBest-P). Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis vorgelegt worden ist. (Anmerkung: bei anderen Behörden oder Institutionen können längere Aufbewahrungsfristen gelten)
- 6.4.2 die Verbuchung sämtlicher Belege zeitnah vorgenommen wird und keine Buchung ohne Belege erfolgt
und
- 6.4.3 unsere Buchführung nach folgendem System erfolgt:
 Doppelte Buchführung Einnahmen- Ausgabenrechnung (Kassenbuch) bzw.
es wird wie folgt Buch geführt:
-
- ggf. Software:
-
- 6.5 der Schutz personenbezogener Daten sichergestellt ist
- 6.6 wir nicht die Technologie nach L. Ron Hubbard anwenden
- 6.7 wir die fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung der geplanten Maßnahme erfüllen
- 6.8 wir gemäß unserer jährlichen Berichtspflicht entsprechend der LHO sowie der einschlägigen Förder- und Globalrichtlinien die Aktivitäten der Leistungserbringung ordnungsgemäß dokumentieren und fristgemäß zur Verfügung stellen (z.B. Kennzahlen, Berichtswesen)
- 6.9 wir die Erfüllung der einschlägigen Fördervoraussetzungen gewährleisten
- 6.10 wir gesetzliche Mindestlohnregelungen einhalten

Die Punkte 6.11 bis 6.14 betreffen ausschließlich die Träger der Kinder- und Jugendarbeit!

- 6.11 *wir nachweislich für Hamburger Kinder, Jugendliche, Heranwachsende, junge Erwachsene oder Familien tätig sind oder tätig werden wollen*
- 6.12 *wir die Einhaltung der Schutzbestimmungen der §§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII sicherstellen, auch bezogen auf die von uns beschäftigten Honorarkräfte und ehrenamtlich Tätigen*
- 6.13 *wir eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit leisten (kann ggf. durch Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Sozialgesetzbuch VIII nachgewiesen werden)*
- 6.14 *wir der Rahmenvereinbarung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zum Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe (§§ 8a und 72a Sozialgesetzbuch VIII) vom 11.12.2013 beigetreten sind und uns zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gem. § 72 a Abs. 2 bzw. 4 SGB VIII verpflichten*
- Ja Beitrittserklärung vom: 30.09.2014 Nein

7. Versicherung

Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und bestätigen den Empfang eines Abdrucks der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen (ANBest-I/ANBest-P).

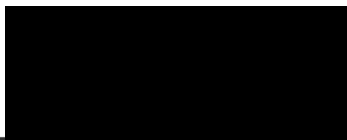
Wir versichern zugleich, dass wir mit dem Inhalt der ANBest-I/ANBest-P einverstanden sind und diese für uns verbindlich sind.

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Abs. 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz- HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 7 Abs. 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger, die Höhe der Gesamtzuwendung, der Zweck der Zuwendung (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Förderungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts in einer Bürgerschaftsdrucksache veröffentlicht werden - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes der Zuwendung nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Die Bürgerschaftsdrucksache wird auch im Internet veröffentlicht.

01.08.22

Datum



rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Antragstellers

(vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Formblatt Vertretungsberechtigte)

Anmerkung:

Bei unvollständig oder verspätet eingereichten Antragsunterlagen, einem nicht mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift versehenen Antrag oder anderen Mängeln kann die Antragsbearbeitung und damit die Bewilligung ggf. erst verzögert erfolgen oder unmöglich werden.

Folgende Anlagen sind dem Antrag beigelegt:

- Bestandsliste für ___ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Personalbogen für ___ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Änderungsmitteilung für ___ sozialversicherungspflichtig beschäftigte/n Mitarbeiter
- Formular Vertretungsberechtigte
- Kostenvoranschläge
- Begründung der Differenzbeträge
- Zweckbeschreibung
- Exemplarischer Wochenplan (inklusive Fremdnutzung)
- Jahresplanung
- Aktuelles Konzept
- sonstiges:
Schreiben des Vermieters wg. Mieterhöhung

[REDACTED]

Voll In Bewegung
Ahrenshooper Straße 5
22147 Hamburg

Hamburg, 29.07.2022

[REDACTED]

Objekt: Wandsbeker Chaussee 41, 22089 Hamburg
Kundennummer: 4264.50105
Mieterhöhung

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 8 Ihres Mietvertrages, verändert sich Ihre Miete wie folgt:

Basis 2015 = 100 Verbraucherindex

Index	04/2016	=	100,1 Punkte		
Index	06/2022	=	<u>117,4 Punkte</u>		
Erhöhung um			17,3 Punkte	=	17,28%

Die ab 01.09.2022 zu zahlende Miete errechnet sich wie folgt:

Bisherige Miete Brutto	€	1251,45
zuzüglich 17,28% Mietanpassung	€	<u>216,25</u>
neue Miete Brutto ab 01.09.22	€	1467,70
Betriebskostenvorauszahlung	€	262,00
Heizkostenvorauszahlung	€	<u>504,00</u>
Gesamt	€	2233,70

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter der o.a. Telefonnummer zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]